

**Antrag A-02****Jusos Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Ausbildung stärken – Zukunft sichern!**

1 Am 1. August hat für viele junge Menschen in Nie-  
2 dersachsen der Start in ihre berufliche Zukunft be-  
3 gonnen. Die duale Ausbildung ist ein zentraler Pfei-  
4 ler unseres Bildungssystems und doch braucht sie  
5 dringend bessere politische Rahmenbedingungen.  
6 Wir betrachten wir uns als enger Partner der Ge-  
7 werkschaften und fordern die Landesregierung auf,  
8 Ausbildung so zu fördern, wie sie es verdient: ge-  
9 recht, zugänglich und zukunftsfähig.

10

**11 Ausbildungsplatzgarantie durch umlagefinanzier-  
12 ten Ausbildungsfonds**

13 Noch immer bleiben jährlich tausende junge Men-  
14 schen ohne Ausbildungsplatz, obwohl viele Un-  
15 ternehmen über Fachkräftemangel klagen. Dieses  
16 Missverhältnis ist politisch lösbar. Wir fordern ei-  
17 ne landesweite Ausbildungsplatzgarantie, finan-  
18 ziert über einen solidarischen Ausbildungsfonds.  
19 Betriebe, die nicht ausbilden, sollen verpflichtend  
20 in diesen Fonds einzahlen. Ausbildende Betriebe  
21 werden gezielt finanziell unterstützt und in die La-  
22 ge versetzt, Ausbildungsbedingungen zu verbessern  
23 und mehr Ausbildungsplätze vorzuhalten. Ein sol-  
24 cher Fonds ist auch ein wirksames Mittel gegen den  
25 Fachkräftemangel, denn er stärkt das duale Ausbil-  
26 dungssystem nachhaltig. Gleichzeitig sorgt er dafür,  
27 dass alle jungen Menschen Zugang zu Ausbildung  
28 erhalten und so echte Teilhabe am gesellschaftli-  
29 chen Leben möglich wird. Das Bundesland Bremen  
30 hat den Ausbildungsfond bereits umgesetzt. Auch  
31 Niedersachsen braucht jetzt die Umsetzung! Wer  
32 vom dualen System profitiert, muss auch Verant-  
33 wortung übernehmen.

34

**35 Einführung eines landesweiten Azubi-Tickets**

36 Mobilität darf kein Ausschlusskriterium für Ausbil-  
37 dung sein. Wir fordern die Einführung eines günsti-  
38 gen, landesweit gültigen Azubi-Tickets, das sich am  
39 Preisniveau des Semestertickets orientiert und Stu-  
40 dierende nicht mehr besser stellt. Azubis, Studieren-  
41 de und Schüler\*innen sollten von einem Ticket pro-  
42 fitieren, das 29 Euro im Monat nicht übersteigt. Nie-  
43 dersachsen muss hier mit gutem Beispiel vorange-  
44 hen, denn wer morgens früh zur Berufsschule oder

45 zum Ausbildungsbetrieb pendeln muss, darf nicht  
46 am Fahrpreis scheitern. Ein attraktives Azubi-Ticket  
47 ist echte soziale Teilhabe und ein Beitrag zur Ver-  
48 kehrswende.

49

#### 50 **Berufsschulen endlich zukunftsfähig machen**

51 Berufsschulen sind der Lernort Nummer zwei in der  
52 dualen Ausbildung und doch werden sie politisch  
53 viel zu oft vernachlässigt. In vielen Regionen man-  
54 gelt es an Ausstattung, Digitalisierung, und qualifi-  
55 zierten Lehrkräften. Wir fordern ein landesweites In-  
56 vestitionsprogramm für die Berufsschulen: moder-  
57 ne Lernmittel, funktionierende digitale Infrastruk-  
58 tur und verbindliche Standards für Unterrichtsqua-  
59 lität. Im Gegensatz zu anderen Schulen sind Berufs-  
60 schulen kaum demokratisiert. Auszubildende enga-  
61 gieren sich mehrheitlich in der JAV, die in der Berufs-  
62 schule kein Mitspracherecht hat. Wir dürfen nicht  
63 erwarten, dass sich junge Menschen neben ihrer  
64 Ausbildung noch in mehreren Gremien beteiligen  
65 und brauchen ein Mitspracherecht für die JAV!

66

#### 67 **Azubi-Wohnen fördern**

68 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Nieder-  
69 sachsens längst zur Mangelware geworden, gera-  
70 de für Auszubildende, die keine Studierendenwohn-  
71 heime oder BAföG-Leistungen in Anspruch nehmen  
72 können. Wir fordern ein landesweites Förderpro-  
73 gramm für Azubi-Wohnheime. Niemand darf eine  
74 Ausbildung abbrechen oder gar nicht erst anfangen,  
75 weil die Wohnung unbezahlbar ist.

76

#### 77 **Faire Mindestausbildungsvergütung**

78 Darüber hinaus muss aus Niedersachsen ein un-  
79 missverständlicher Appell an die Bundesregierung  
80 gehen: Die Mindestausbildungsvergütung muss  
81 deutlich steigen und Ausnahmen entfernt werden,  
82 damit Ausbildung kein Armutsrisiko ist. Vorschläge  
83 dafür gibt es genug. So fordert der DGB beispiels-  
84 weise eine Mindestausbildungsvergütung, die  
85 mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen,  
86 branchenübergreifenden tariflichen Ausbildungs-  
87 vergütung beträgt. Auch hier stehen wir an der  
88 Seite der Gewerkschaften und setzen uns für eine  
89 armutsfeste Ausbildungsvergütung ein.